

Wahlprüfsteine der Social Impact gmbH für die Landtagswahl in Thüringen am 27.10.2019

Frage 1

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potentielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollen?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen eine Kultur des Gründergeistes und der Risikobereitschaft fördern. Dafür möchten wir wirtschaftliches Grundwissen durch die flächendeckende Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“ schon in der Schule stärken, die Finanzierung von Unternehmensgründungen erleichtern, und dafür sorgen, dass auch im Scheitern immer die Chance für etwas Neues liegt. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründer müssen soweit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist. Hierzu braucht es eine zentrale behördliche Anlaufstelle für Gründer. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen.

Aktuell kommen finanzielle Förderungen für Existenzgründer teilweise nicht bei den Gründern selbst an, sondern versickern im bürokratischen Ablauf und bei den Förderungsberatern. Wir Freie Demokraten möchten deshalb die Thüringer IHKs und Handwerkskammern aktiv für eine Neuausrichtung der Existenzgründerförderung einbinden. Wir Freie Demokraten möchten keine Fördermittel mit der Gießkanne verteilen, sondern Gründern aktive Mittel zum Aufbau des Unternehmens geben. Vorstellbar sind hier die bedarfsgerechte und unbürokratische Ausgabe eines Gründungszuschusses an Gründungsvorhaben. Die Gründerprämie für innovative Ideen wollen wir gern weiter erhalten.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Selbständige nicht zu Arbeitnehmern zweiter Klasse werden. Deswegen wollen wir uns für einen fairen Umgang mit Solo-Selbständigen und Einzelunternehmern einsetzen und die Debatte um Scheinselbständigkeit ergebnisorientiert und unbürokratisch beenden. In der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – alles andere ist unfair.

Frage 2

Wie planen Sie, Gründer*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen Existenzgründungen dort fördern, wo sie entstehen. Stadtverwaltungen und lokale Politik können über verschiedene Stellschrauben die Attraktivität ihrer Region für Unternehmen und Gründerinnen und Gründer erhöhen. Dies kann zum Beispiel über die Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Die bestehenden Strukturen im Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) wollen wir auf ihre Effektivität überprüfen und dann den One-Stop-Shop für Existenzgründer weiter ausbauen.

Auch an den Universitäten wollen wir das Gründungsinteresse wecken und Unternehmensgründungen aktiv fördern – ob als Lehrinhalt, Gründertraining oder Projekt. Ziel muss es sein, um Universitäten herum ein Gründerumfeld zu schaffen, in dem Ideen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen ihren Anfang nehmen. Daher wollen wir uns für praxisorientierte Kurse zu Unternehmensgründungen sowie für ein umfangreiches Beratungsangebot für potentielle Gründer an den Universitäten und Hochschulen einsetzen. Das mit Landesmitteln finanzierte Thüringer Hochschulgründernetzwerk wollen wir in seiner Wirksamkeit evaluieren und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort für eine exzellente Beratung an den Hochschulen sorgen. Wir orientieren uns dabei u.a. an dem Vorbild bereits erfolgreicher Gründeruniversitäten, die hochqualifizierte Experten insbesondere aus der mittelständischen Wirtschaft als Ausgründungsmanager an den Hochschulen bzw. einem zentralen Experten-Campus einsetzen.

Frage 3

Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellen Parteiprogramm bei? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen nebenberufliche Gründungen oder Gründungen aus der Elternschaft erleichtern. Sie machen etwa ein Fünftel aller Gründungen aus und bieten großes Potenzial. Dafür haben wir verschiedene Maßnahmen im Kopf, die den Einstieg in die Selbständigkeit vereinfachen sollen. Gründerinnen und Gründer sollen nicht schon Kosten haben, bevor die ersten Umsätze oder Gewinne überhaupt angefallen sind. Bei der Gewerbesteuer kann durch die sogenannten Hinzurechnungsbestimmungen eine Steuerlast auch dann entstehen, wenn keine Gewinne erwirtschaftet sind. Wir wollen deshalb in den ersten drei Jahren nach Gründung den Freibetrag bei der Gewerbesteuer verdoppeln, dabei soll der Freibetrag für Kapitalgesellschaften dem für Personengesellschaften entsprechen. Für die soziale Absicherung von Gründerinnen und Gründern müssen neue Wege gefunden werden, sodass die monatliche Rechnung von der Krankenkasse nicht die erste und letzte Rechnung eines Gründungsvorhabens ist. Wir Freie Demokraten wollen zudem Gründungen und Kleinunternehmen von einem Zwang zu möglicher Mehrfach-Kammerzugehörigkeit befreien. Weiterhin sind Unternehmer im Nebenerwerb unterhalb eines Gewerbeertrages von 10.000 Euro jährlich (Grundfreibetrag), von Kammerbeiträgen zu entlasten. Um die Vereinbarkeit von Gründung und Familie voranzubringen, setzen wir auf ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsnetz mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten ein. Das kommt allen Eltern aber vor allem den alleinerziehenden zu Gute.

Frage 4

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern? Wie stehen Sie dazu, §21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen keinen Unterschied machen zwischen Gründerinnen und Gründern mit und ohne Migrationshintergrund. Die Unterstützungs- und Beratungsleistungen müssen jeden gleichermaßen erreichen. Diese müssen im Falle fremder Herkunftsländer leicht verständlich sein und ggf. mit Übersetzungsleistungen einhergehen. Gerade Menschen aus anderen Kulturkreisen haben oftmals

ein starkes Interesse an einer Selbständigkeit, um sich und ihre Familie zu ernähren und schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Dieses Potential können wir für die Einbindung der Menschen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft nutzen. Die Verwaltungsvorschriften, die eine Gründung für Menschen mit Migrationshintergrund erschweren, wollen wir im Zusammenspiel mit den neuen Entwicklungen im Zuwanderungs- und Migrationsrecht anpassen und unbürokratisch umsetzen. Darüber hinaus muss auch über den Nachweis einer funktionierenden Selbständigkeit ein Spurwechsel zur ordentlichen Einwanderung für alle Menschen möglich sein.

Frage 5

Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

Antwort

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Gründungsförderung nicht an altersdiskriminierende Bedingungen geknüpft ist. Der Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsleistungen auf dem Weg in die Selbständigkeit muss allen offenstehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Akteure in den betroffenen Stellen für die Leistungsfähigkeit erfahrener Menschen sensibilisiert werden und mehr Beratungs- und Vernetzungsangebote für eine bessere Sichtbarkeit der Selbständigkeit älterer Menschen sorgen.

Frage 6

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses unterstützen?

Antwort

Im Zusammenhang mit der Förderung von Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit gibt es für uns Freie Demokraten mehrere Bausteine. In erster Linie müssen wir Frauen Mut zu machen, das Abenteuer Selbständigkeit anzugehen. Wir wollen gemeinsam mit dem Verband der Unternehmerinnen in Thüringen über regionale Vernetzungsveranstaltungen den Austausch fördern und gute weibliche Vorbilder in Führungspositionen und an der Unternehmensspitze sichtbar machen. Hier wollen wir auch auf Unternehmensübernahmen durch Frauen hinweisen. Mit einem entsprechenden Vorbild und ggf. einem Mentor oder einer Mentorin benötigen Frauen dann nicht mehr oder weniger Unterstützung als Männer, um den Weg in die Selbständigkeit erfolgreich zu meistern. Wir Freie Demokraten setzen hier für alle auf einen Mix aus Beratungsleistungen und finanzieller Unterstützung für Gründerinnen und Gründer. Vorstellbar ist zum Beispiel die bedarfsgerechte und unbürokratische Ausgabe eines Gründungszuschusses an besonders aussichtsreiche und wirtschaftspolitisch relevante Gründungsvorhaben.

Frage 7

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Schwerbehinderten zu fördern?

Antwort

Selbständigkeit bietet in hohem Maße die Chance, den Arbeitsalltag individuell nach den eigenen Bedürfnissen einzurichten und so mit den eigenen Stärken wertschöpfend tätig zu sein. Wir Freie Demokraten gehen nicht davon aus, dass es gesonderte Konstrukte zur Gründungsunterstützung von Schwerbehinderten braucht. Vielmehr wollen wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Angebote barrierefrei und einfach verständlich zugänglich sind. Darüber hinaus muss es ausreichend Freiraum für individuelle Unterstützung und unbürokratische Lösungen für zusätzliche Hilfsmittel geben. Darüber hinaus darf die Selbständigkeit sich nicht negativ auf das allgemeine Unterstützungsrecht der Person mit Behinderung auswirken.

Gerade schwerbehinderte Menschen haben oftmals einen kleinen Auftraggeberkreis, somit werden sie schnell vom Verdacht der Scheinselbständigkeit getroffen. Um zu verhindern, dass Freelancer wie zum Beispiel im Bereich der IT, dem Ingenieurwesen oder in der Unternehmensberatung als Scheinselbstständige eingeordnet werden, braucht es moderne Positivkriterien. Denn die bisher angewendeten Negativkriterien im Rahmen des Statusfeststellungsverfahrens sind aus der Zeit gefallen und passen nicht mehr auf eine moderne Projektwirtschaft. Für Freiberufler und Selbstständige muss durch Positivkriterien Rechtssicherheit geschaffen werden, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit sichergestellt nachweisbar macht. Eine Verbesserung in diesem Bereich hilft nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern allen Selbständigen.

Frage 8

Welche Maßnahmen müssen Ihrer Ansicht nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten im ländlichen Raum zu verbessern? Welche Maßnahmen planen Sie in der kommenden Zeit umzusetzen?

Antwort

Für uns Freie Demokraten passiert Unternehmensgründung nicht nur in der Stadt. Gerade die neuen Arbeitswelten sorgen dafür, dass man von überall arbeiten kann. Heute führt das noch dazu, dass viele ihre Selbständigkeit ins Ausland wie Estland oder Malta verlegen. Dort ist die Internetverbindung stabil und die bürokratischen Prozesse auf ein Minimum reduziert. Doch auch der ländliche Raum in Thüringen bietet fantastische Aussichten für eine kreative Arbeit. Deswegen wollen wir Freie Demokraten dafür sorgen, dass auch die Internetverfügbarkeit und eine reduzierte Bürokratie dafürsprechen, in Thüringen zu bleiben und im ländlichen Raum zu gründen. Durch das ThEx werden aktuell in Thüringen bereits Beratungsangebote in der Fläche angeboten. Diese wollen wir weiter stärken und effizienter und zielorientierter umsetzen. Ob eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom Engagement vor Ort ab. Wir Freie Demokraten wollen die Landkreise, Städte und Kommunen durch eine zentrale Gründerstelle unterstützen, weiterbilden und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Damit diese ganz konkret vor Ort dafür sorgen können, dass Gründen in ganz Thüringen leicht gemacht wird.

Frage 9

Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Antwort

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Erhalt der Unternehmen in Thüringen ein. Damit die thüringische Wirtschaft nicht mangels Alternativen an Unternehmen aus anderen Regionen verkauft werden muss, wollen wir für die Chancen der Unternehmensnachfolge sensibilisieren und den Prozess der Übergabe so einfach wie möglich gestalten. Dabei wollen wir unter anderem Übernahmegründungen durch schnellere Übertragungsverfahren ermöglichen und setzen uns für die Beibehaltung des Bestandsschutzes bei der Unternehmensübergabe an einen Nachfolger ein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern kontinuierlich Netzwerkarbeit betreiben, um übergabefähige Betriebe mit potenziellen Nachfolgern zusammenzubringen. Hier bieten sich vor allem die Aus- und Weiterbildungslehrgänge der Kammern an, in deren Rahmen für einen Unternehmensübernahme sensibilisiert werden kann. Wir Freien Demokraten wollen bereits in der Schule für die Ausbildung wirtschaftlicher Kompetenzen sorgen und Unternehmertum als berufliche Option vermitteln. Das hilft Unternehmensnachfolgern genauso wie Neugründern.